

Politische Tagesübersicht.

Verfassungsmäßigkeit von Reichsgesetzen. Der Reichsinnenminister hat dem Reichstag einen Gesetzentwurf über die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Vorschriften des Reichsrechts vorgelegt. Die Vorlage bezieht sich auf den ersten und zweiten Paragraphen des Gesetzes über die Einziehung von Vermögenswerten. Die Vorlage bezieht sich auf den ersten und zweiten Paragraphen des Gesetzes über die Einziehung von Vermögenswerten. Die Vorlage bezieht sich auf den ersten und zweiten Paragraphen des Gesetzes über die Einziehung von Vermögenswerten.

Nach der Diplomatie. Der Königlich Norwegische Gesandte Scheel hat Berlin verlassen. Während seiner Abwesenheit führt Legationsrat Bull die Geschäfte der Gesandtschaft. — Der bisherige portugiesische Gesandte im Haag, Antonio Bartholomeu Ferreira, ist zum Gesandten in Berlin ernannt worden.

Gegen Inkomplette Bekleidungsstellen. Im Preussischen Landtag ist ein Antrag Labendoff (Wirtsch. V.) eingegangen, der sich gegen das Ueberhandnehmen von Bekleidungsstellen durch Vertreter parlamentarischer und kommunaler Körperschaften richtet. Es wird ein Beschluß des Landtages dahin gefordert, daß gemeinsame Reisen von Landtagsauschüssen auf Fälle dringlichster Art zu beschränkt seien. Ferner solle die Staatsregierung dahin wirken, daß bei Reisen staatlicher und kommunaler Beamten ebenso verfahren werde. In der Begründung wird betont, daß es Sache der Staatsregierung sei, den parlamentarischen Ausschüssen auf Verlangen das zur Prüfung erforderliche Material vollständig und einwandfrei zu beschaffen.

100 Kommunisten in Peking verhaftet. Wie aus Peking gemeldet wird, hat die Kantingregierung eine Säuberung Peking von Kommunisten angeordnet. Seit drei Tagen finden fortgesetzt Hausdurchsuchungen statt. Bisher sind 100 Personen verhaftet. Sie sollen aus Peking ausgewiesen werden. Die Ausweisungen werden damit begründet, daß die Kommunisten einen Kussan gegen die Kantingregierung vorbereitet hätten.

Albert Thomas reist nach China. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, wird in nächster Zeit eine längere Reise nach Japan und China antreten und dabei voraussichtlich auch Ostasien besuchen. Wie bereits bekannt, wird auch der stellvertretende Generalsekretär des Völkerbundes Venol (Frankreich) in diesem Jahre nach China reisen. Die Reise erfolgt auf Einladung der Kantingregierung.

Ein polnischer General fordert erhöhte Kriegsvorbereitungen. Der vor einigen Tagen verstorbene General Rozwadowski hat noch kurz vor seinem Tode in einem Aufsatz, der in einer militärischen Zeitschrift erschienen ist, die Möglichkeit eines baldigen Krieges vorausgesetzt und die entsprechenden polnischen militärischen leitenden Stellen ermahnt, erhöhte Bereitschaft zu halten und für die eintreffende Vorbereitung der Truppen zu sorgen. Der General rechnet mit einem fast gleichzeitigen Angriff Rußlands, Deutschlands und Italiens gegen Polen und empfiehlt, durch plötzliche Mobilisierung und vorbereitete Gegenangriffe die Feinde nicht nur zurückzuwerfen, sondern auch nach Möglichkeit feindliches Territorium zu besetzen, u. a. B. Westpreußen-Schlesien. Besondere Aufmerksamkeit müsse der Ausbildung und Ausrüstung der Infanterie, der Kavallerie und der Panzertruppen zugewandt werden. Ferner warnt der General vor den nationalen Minderheiten und den kommunistischen Elementen, die im Falle eines Krieges nur die Unsicherheit im Lande erhöhen würden.

Deutschnationale für die Auflösung des mecklenburgischen Landtags. Zu dem Antrag der Deutschnationalen Freiheitspartei, die Landtagswahlen vom 22. Mai 1927 für ungültig zu erklären, hat die Fraktion der Deutschnationalen beschlossen, auch ihre Stimmen für die Auflösung des Landtages einzusetzen. Ob dieser Antrag schon bei Beginn der neuen Sitzung am heutigen Nachmittag auf die Tagesordnung gesetzt wird, wie die Volksstimme es wünscht, ist noch ungewiß.

Zusatzvertrag zum deutsch-jugoslawischen Handelsvertrag. Am 19. Oktober ist ein Zusatzabkommen zum Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem deutschen Reich und dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen getroffen worden, in dem einige Schwierigkeiten geregelt worden sind, die sich bei der Durchführung des Handelsvertrages ergeben hatten. Das Zusatzabkommen wird im Reichsanzeiger vom 28. Oktober veröffentlicht. Es enthält auf deutscher Seite die Ermäßigung des Zollsaßes für Truchhäuser und die Ausdehnung des Vertragszollsaßes für Weis und Datt. Von der Gegenseite ist eine Erleichterung bei Verzollung von halbfleischnen Samt und Pelz und ähnlichen Geweben gewährt. Zugleich wurde auf deutschen Wunsch ein Notenwechsel über die Frage der Land- und Seebulle ausgetauscht.

Die Sowjetpresse über Jugoslawien. Die aus Moskau gemeldet wird, schreiben die „Iswestija“ und die übrige Sowjetpresse über die Wahl Jugoslawien zum Vorkämpfer der Deutschnationalen Volkspartei, daß diese eine weitaus ein politischer Akt von größter Bedeutung für Deutschland sei. Für das weitere Bestehen der Deutschnationalen Volkspartei habe die Wahl ein ausschlaggebendes Gewicht. Der Gegner des Versailler Vertrages, Jugoslawien, werde in seiner Politik versuchen, die Konsolidierung der nationalistischen Kräfte Deutschlands durchzuführen. Jugoslawien, der von der Industrie und den Agrar-Kreisen Deutschlands unterstützt werde, habe Mittelquellen zur Verfügung, um die Aufgaben durchzuführen, die er sich gestellt habe.

Der belgische Kriegsminister über die Dauer des Militärdienstes. Im Verlaufe der Senatsdebatte über die Militärgesetze nahm Kriegsminister de Broqueville zur Frage der Deckungsstruppen Stellung; er erklärte u. a., die Aufgaben für die Landesverteidigung seien keinesfalls übertrieben. Man müsse sich vor einer überraschenden Aktion und einem Einbruch in acht nehmen, was besonders seitens der deutschen Truppen immer zu befürchten sei, obwohl sie jetzt etwas mehr Zeit erfordern würden. Deshalb sei der sechsmonatige Militärdienst unannehmbar; denn in diesem Falle würden die Waffenplätze an der Ostgrenze die Hälfte des Jahres offenbleiben. Selbst der sechsmonatige Dienst würde große Gefahren für das Land in sich bergen, da dann zwei Monate lang keine Truppen in den genannten Plätzen liegen würden. In Truppen, die nur sechs Monate gedient haben würden, könne man kein Vertrauen setzen und „weche Belgien, wenn es die erste Schlacht nicht gewinnt“. Der Ministerpräsident schloß, er glaube nicht allzusehr an die Möglichkeit eines Waffenangriffs, man müsse sie aber doch parieren, und eine gute Regierung müsse alle notwendigen Vorsichtsmaßnahmen zeitig genug ergreifen.

Die Arbeit in Lohz fast völlig wieder aufgenommen.

• **Bar (S. a. N.)** Mit Ausnahme von etwa 3000 Arbeitern der Fabrik Widjers sind in Lohz und im Lohzer Kreis alle Arbeiter zur Arbeit zurückgekehrt, obwohl die deutschen Gewerkschaften das von den Sozialisten unterzeichnete Abkommen weiterhin ablehnen. Den Ar-

beitern der genannten Fabrik war schon vor dem Streik eine 11prozentige Lohnsteigerung zugesagt worden. Da ihnen nach dem neuen Abkommen nur eine Lohnsteigerung von 5 Prozent zuteil, verbarren sie nunmehr im Streik, um die Einhaltung der ersten Zusage zu erlangen.

Die bevorstehende Justizkonferenz.

• **Berlin.** Vom 25. bis 27. d. Mts. findet in Berlin die bereits angekündigte Besprechung zwischen dem Reichsjustizminister und den Vertretern der Justizverwaltung der Länder statt. Am 25. wird das Thema der Besprechung die Erörterung über Grundfragen des Strafprozesses und über das Jugendrecht sein; am 26. und 27. d. Mts. wird über die Vereinfachung und die Umgestaltung des juristischen Vorbildungswesens verhandelt werden.

Entschlüsse der subdeutschen Oppositionsparteien.

• **Berlin.** Auf dem Parteitag der deutschen Nationalpartei wurden Sonntag zwei Entschlüsse angenommen und zwar politische sowie wirtschaftliche. In den ersten heißt es u. a.: Es ist für uns Pflicht auf dem Boden, auf dem uns das Schicksal gestellt hat, die deutsche Politik zu machen. Sie legt sich zur Aufgabe, unter jeder Bedachtnahme auf die großen deutschen Ziele darauf hinzuwirken, daß die Wirtschaftswirtschaft das Verhältnis der Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiet einbezieht und daß die notwendigen Voraussetzungen schafft, daß den Deutschen in diesem Staat ein nationales und materielles Leben sichergestellt werde. Die vollkommen gegenseitige Einbeziehung der deutschen Regierungsparteien zu den grundlegenden subdeutschen Fragen unterliegt die deutschfeindliche tschechoslowakische Innen- und Außenpolitik.

In der wirtschaftlichen Entschlüsse heißt es u. a.: Die deutsche Nationalpartei fordert im Interesse der Gesamtwirtschaft in der Tschechoslowakei die Novellierung des Wirtschaftensgesetzes sowie des Gesetzes zum Schutz des Arbeitsmarktes, weil diese Gesetze der Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen mit dem Deutschen Reich im Wege stehen und für die tschechoslowakische Industrie schweren Schaden bedeuten.

• **Prag.** Auf dem Parteitag der Deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei wurde eine Entschlüsse angenommen, in der es unter anderem heißt: Drei Jahre angehaltener Teilnahme an der Nacht brachten dem Subdeutschen nicht nur die Anerkennung seiner Gleichberechtigung als Nation, noch die Gleichberechtigung seiner Sprache und die eigene Verwaltung seiner kulturellen und wirtschaftlichen Güter. Die deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei bekennt sich nach wie vor als die entschiedene Gegnerin jeglicher Erfüllungspolitik, die sich nie und nirgends auf wirkliche Tatsachen, sondern überall auf vage Hoffnungen stützt. Den Kampf gegen das tschechische System und für die nationalen Lebensbedingungen unseres Volkes wollen wir auf der Linie eines gemeinsamen Bekenntnisses zur nationalen Freiheit mit allen Nationen führen, die guten Willens sind.

Die Deutsche Nationalpartei gegen die Politik Benešs.

• **Prag.** Im Abgeordnetenhaus wandte sich der deutschnationale Abgeordnete Corpuz gegen die von Außenminister Dr. Beneš im Budgetauslaß über das Verhältnis zu Deutschland gemachten Ausführungen und verwahrte sich dagegen, daß man der Deutschen Nationalpartei vorwerfe, daß sie durch ihren Hinweis auf ein schlechtes Verhältnis zu Deutschland die Beziehungen zwischen beiden Staaten trübe. Die Deutschnationalen hätten im Gegenteil alles Interesse, dieses Verhältnis zu bessern. Wenn der Außenminister den Wunsch habe, daß die auf dem toten Punkt angelangten Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland wieder in Fluß kommen sollen, so müsse er zunächst die Frage der Marktprioritäten und des Arbeitsmarktes in befriedigender Weise regeln. Was die Frage der Marktprioritäten betreffe, so müsse erklärt werden: Wenn die Tschechoslowakei aus außenpolitischen Gründen wünsche, daß ihre Forderungen beachtet würden, müsse sie auch ihrerseits ihre Schulden in gleichem Maße begleichen. Dabei sei eine entsprechende Aufwertung der Marktprioritäten unerlässlich. Bezüglich des Arbeitsmarktes sei anzunehmen, daß sich Deutschland auf die Dauer die bisherigen Maßnahmen der Tschechoslowakei nicht gefallen lassen und zu Gegenmaßnahmen greifen werde. Diese Maßnahmen würden aber nicht nur der ganzen tschechoslowakischen, sondern vornehmlich der subdeutschen Wirtschaft schweren Schaden bringen. Seine Partei bemängelte die Haltung der deutschen Regierungsparteien, die Deutschlands Bedürfnisse bezüglich der Marktprioritäten und bezüglich des Arbeitsmarktes genau gekannt, aber nicht getan hätte, um die Politik des Außenministers entsprechend zu beeinflussen. Die Deutsche Nationalpartei verheißt nicht, wie die deutschen Regierungsparteien einerseits die Politik Benešs „Anschluß bedeutet Krieg“ mißbilligen und auf der anderen Seite für das Budget dieses Ministers stimmen könnten. Wir halten, schloß der Redner, den Weg der Politik Benešs nicht für gut und werden gegen sein Budget stimmen.

Der Streik im Hamburger Hafen.

• **Hamburg.** Die kommunistischen Streikbeschlüsse der Arbeit im Hamburger Hafen werden auch weiterhin fortgesetzt. Da die Vermittlung bei den Arbeitsvermittlungsgesellschaften in frigidem Maße Schmierigkeiten begegnet, nimmt die sogenannte milde Vermittlung auf dem Straken zu. Auch die Angriffe auf Arbeitswillige dauern an, besonders die von der Arbeit heimkehrenden müssen von der Polizei gelockt werden. Witterungsbedingungen zufolge fehlen täglich etwa 1000 Arbeiter, da die internationale Streikaktion eine volle Vermittlungstätigkeit unmöglich macht.

Zugung der Arbeitsgemeinschaft der Postbeamtinnenverbände.

• **Berlin.** Die Arbeitsgemeinschaft der Postbeamtinnenverbände teilt mit: Die Arbeitsgemeinschaft der Postbeamtinnenverbände hat in Gegenwart von Vertretern des Reichspostministeriums, der Oberpostdirektion Berlin, zahlreicher Parlamentarier der verschiedenen politischen Parteien, des Deutschen Beamtenbundes und des Bundes Deutscher Frauenvereine im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats eine Sitzung ihrer sämtlichen Beiratsmitglieder im Reichs abgehalten, in der als Hauptpunkt der Tagesordnung die Nationalisierungsvorschläge der Deutschen Reichspost behandelt wurden. Im Fernsprechen und Sprechdienst haben diese Vorschläge einen solchen Umfang angenommen, daß darunter nicht nur das Verlonal einbehalten auf das Schwerste leidet, sondern auch die glatte Abwicklung des Verkehrs und vor allem die Verteilung des wirtschaftlichen Vermögens und das Ansehen der Deutschen

Reichspost in Frage gestellt werden. Streikwilligerweise sind neuerdings verschiedene Verbesserungsmaßnahmen verfügt worden, bis aber nicht hinlänglich durchgreifend sind. Eine entsprechende Entschlüsse wird dem zuständigen Stellen zugestellt werden.

In anderen Besprechungen wurden die Notwendigkeiten für die Durchführung des Abwehrkampfes des Reichspostministeriums behandelt. Für die Richtlinien des Reichspostministeriums des Innern über die Regelung der Beamtenleistungen wurde für die Beamten des mittleren Dienstes mindestens der Nachweis einer als mittlere Stelle amlaufenden Masse einbehalten gefordert, da die Bestimmungen aus betriebswirtschaftlichen Gründen systematisch Dienstleistungen des niederen mittleren Dienstes mehr und mehr auf den mittleren Dienst übertragen werden. Weiter wird in der Mitteilung darauf hingewiesen, daß sich eine besonders lebhaftes Ausdrucks über die Frage der Schaffung neuer Post- und Verkehrsstellen entwickelt. Es wurde verlangt, daß alle darauf bezüglichen Reichstagsentschlüssen in einem Nachtragshaushalt durchgeführt werden, was weder zu geldlichen Belastungen der Reichskasse noch zur Vergrößerung des Beamtenkörpers führen würde.

Eine Erklärung des Evangelischen Bundes.

• **Berlin.** (Telefon.) Wegen der gebieterischen Entscheidung eines katholischen Bischofes in Berlin wendet sich folgende Erklärung des Berliner Gesamtvereins des Evangelischen Bundes: „Erste Bedenken bereiten allen Evangelischen die allem Anschein nach zureichende, wenn auch noch nicht amtlich bestätigte, so doch unübersehbar Kunde, daß in dem heimlich verhandelten Verwechslungsfall ein römischer Bischof mit dem Erzbischof in Berlin gefordert werde. Da die Mark Brandenburg, Berlin eingeschlossen, nicht mehr als 11 v. d. katholische Einwohner zählt, lassen sich als Grund für die Einrichtung des Bistums schwerlich die Notwendigkeit katholischer kirchlichen Lebens oder der kirchlichen Verwaltung anführen, sondern offensichtlich soll diese Stellung, weil Berlin sich der Zentralbehörde ist, in noch weiter verstärktem Maße Ausgangspunkt römischer Nachpolitik und Propaganda werden. Wir wollen mit dem römisch-katholischen Volksgenossen Frieden halten, aber dieser Friede muß auch von römischer Seite gewollt werden. Der Bischof in der Reichshauptstadt bedeutet eine Gefährdung dieses Friedens.“

Schutz der Presse.

• **Dresden.** Die „Dresdner Neuesten Nachrichten“ schreiben: Vor einigen Tagen hat der Schauspieler Leo Selma Fischer, Mitglied des Alberttheaters, den Kritiker der Dresdner Zeitung „Der Volkskämpfer“, Dr. Kurt Sauer, in den Abendstunden in seiner Wohnung auf der Straße überfallen und geschlagen, um sich an ihm zu rächen für Kritiken, die Dr. Sauer im „Volkskämpfer“ veröffentlicht hatte und die sein Mißfallen erregt hatten. Angeblich hat er dabei im Auftrag der Mitglieder des Alberttheaters gehandelt.

Diese Angelegenheit geht selbstverständlich die Dresdner Presse und die Presse überhaupt an, denn sie steht dar einen Akt roborer Lynchjustiz, wenn man überhaupt in diesem Zusammenhang von Justiz sprechen will. Wenn Herr Fischer glaubte, sich mit Recht über eine oder mehrere Kritiken beschweren zu sollen, so stand ihm der allen gebildeten Menschen bekannte Weg zur Abwendung dieser Beschwerde offen. Er konnte sich an die zuständigen Organisations der Presse wenden. Ganz demut hat er selbst verstanden, und es besteht kein Zweifel, daß er sich über die Art seiner Handlungsweise im Klaren gewesen ist.

Die Dresdner Presse steht selbstverständlich auf dem Boden der gesamten ernsten deutschen Presse, nämlich sie fordert nicht für sich die Anerkennung der Unfehlbarkeit der Kritik, und sie geht jedem das Recht zu, in der Weise anständiger Menschen seine Gegenkritik geltend zu machen. Was sie aber unter keinen Umständen duldet, sind Robeakte dieser Art. Deshalb sind die mit der Textkritik betrauten Vertreter der Dresdner Presse nicht in der Lage, ein Institut zu besuchen, in dem der Schauspieler tätig ist, der sich dieser Tat schuldig gemacht hat. Die Kritiker der Dresdner Zeitungen werden daher bis auf weiteres über keine Vorstellung des Alberttheaters referieren. Hieron haben die Zeitungen der Direktion des Alberttheaters Kenntnis gegeben.

Sie stellen im übrigen anheim, Genugtuung dadurch zu schaffen, daß der Herr Selma Fischer schriftlich ausdrücklich erklärt, sich zu seinem Bedauern gegen einen Vertreter der Presse unanständig benommen zu haben, indem er gleichzeitig verspricht, sich einer gleichen Unanständigkeit nie mehr schuldig zu machen und sich außerdem verpflichtet, als Buße an den Dresdner Verein der Kinderfreunde (Kinderchor) G. B., Geschäftsstelle Dresden-N., Moritzstraße 42, den Betrag von 100 Mark zu zahlen.

Unterschiedet ist das gemeinsame Schreiben von den Herausgebern der „Dresdner Neuesten Nachrichten“, des „Dresdner Anzeigers“, der „Dresdner Volkszeitung“ und des „Volkskämpfers“. Der Bezirksverein Dresden des Reichsverbandes der Deutschen Presse hat sein volles Einverständnis mit dem Inhalt des Schreibens an die Direktion des Alberttheaters erklärt und unterstützt die Abwehrmaßnahmen der genannten Dresdner Zeitungen.



Er mahnt Rußland.

Die deutschen Emissionsbanken für Rußland, an deren Spitze das Berliner Bankhaus Mendelssohn u. Co. steht, haben beschlossen, dem internationalen Emissionskomitee für die Gläubiger Rußlands beizutreten, um auf diese Weise die deutschen Ansprüche auf Rückzahlung der in Deutschland untergebrachten russischen Kriegsanleihen zu vertreten. Das Haus Mendelssohn, dessen Seniorchef Franz von Mendelssohn wir zeigen, hat auch bei dieser neuen privatwirtschaftlichen Auseinandersetzung mit Rußland die Führung übernommen.